

nachrichten

Drogenkontrollprojekt

Deutschland und Italien haben insgesamt 1,1 Millionen US-Dollar als Sonderförderung für ein seit vier Jahren laufendes Drogenkontrollprojekt in der Wa-Region im Shan-Staat zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld kann das Projekt um weitere zwei Jahre verlängert werden. Das »Wa Alternative Development Project« wurde 1999 gestartet. Mit Hilfe der Sonderförderung der beiden Staaten wird es bis 2005 laufen, so Jean-Luc Lemahieu, ein Mitarbeiter im UN-Büro für Drogen und Verbrechen (UNODC). Die von Deutschland und Italien im vergangenen Jahr für das Projekt gezahlten Summen betragen eine Million beziehungsweise 100.000 US-Dollar.

Die UN-Agentur hatte ursprünglich fast 16 Millionen US-Dollar für das Projekt aufzutreiben versucht, doch bis im letzten Jahr waren nur rund acht Millionen zusammengekommen, das meiste davon aus Japan und aus den Vereinigten Staaten. Im letzten Jahr hatten beide Länder 1,6 Mio. beziehungsweise 700.000 US-Dollar beigetragen, so Lemahieu.

In der Zwischenzeit hat Frankreich wohl zugestimmt, weitere 200.000 US-Dollar beizusteuern, um das UN-Büro arbeitsfähig zu halten.

Bei dem Wa-Projekt geht es um die Entwicklung und Kultivierung eines 500 Hektar großen Reisanbaugebietes in der Mong-Kar-Region in der Nähe der thai-burmesisch-chinesischen Grenze.

vgl. Xinhua 07.01.2003

Einwohner Ranguns berichteten der Democratic Voice of Burma (DVB), dass die staatlichen Krankenhäuser in der Stadt den meisten Menschen, die sie wirklich brauchen, keine Hilfe mehr sind.

Vor 1988 brauchten die Menschen für die Behandlung im Krankenhaus nichts bezahlen. Dann mussten diejenigen bezahlen, die Geld hatten, nach dem Motto »die Kosten teilen«. Ein Arzt, der nicht genannt werden wollte, sagte gegenüber der DVB, dass dieses Motto in der Zwischenzeit nicht mehr gilt. Jeder muss jetzt bezahlen, wenn er behandelt werden will.

Viele Patienten sind gestorben, weil die Krankenhäuser sie nicht behandelten und sie sich die Medikamente nicht leisten konnten. Medizinische Geräte versagen oft ihren Dienst. Im Moment sei eine Maschine für die Behandlung von Krebskranken kaputt und die Patienten stehen Schlange, bis sie an der Reihe sind. Die Regierungskrankenhäuser haben weder genügend Medikamente noch ausreichend me-

Niedergang des Gesundheitsdienstes

dizinische Geräte und die existierenden werden für einen Großteil der Menschen nicht verwendet. In den Kinderkrankenhäusern Ranguns stehen die Brutkästen für Frühgeburten, die von Mitsubishi gestiftet worden waren, ausschließlich für den Kindern der Reichen zur Verfügung.

Normalerweise kosten Krankenzimmer für Mütter und Kinder 1000 – 1500 Kyat (ca. 1 bis 1,5 US-Dollar) pro Tag, doch aufgrund der Raumknappheit werden Mütter und Kinder in unhygienischen Räumen zusammengepfercht. Der VIP-Raum im Krankenhaus steht all jenen mit Geld zur Verfügung; Patienten ohne Beziehungen dürfen in dem Raum nicht behandelt werden.

Die Schauspielerin Khine Thin Kyi hatte den Raum einhalb Monate lang gemietet, um ihr zu früh geborenes Kind behandeln zu lassen. Als sie den Raum verließ, wurde er verschlossen.

Einige Ärzte und Krankenschwestern in den staatlichen Krankenhäusern sind sowohl beruflich als auch sozial als

sehr schlecht bekannt. Trotz ihres Mottos, die Patienten gut zu behandeln, sind Ärzte und Pflegepersonal nicht nur unfreundlich und einige Patienten starben aufgrund von Vernachlässigung. In dem erwähnten Ranguner Kinderkrankenhaus starb kürzlich ein Kind, da es das falsche Blut bekommen hatte. Man kann sagen, die staatlichen Krankenhäuser helfen der Mehrheit der Menschen nicht, die wirklich medizinische Hilfe brauchen, und die anderen Kliniken sind für sie nicht bezahlbar.

»Man muss 450.000 Kyat dafür bezahlen, ein Baby zur Welt zu bringen«, erzählte eine Mutter der DVB. In diesen Kliniken kostet ein medizinischer Check-up bei einem gewöhnlichen Arzt 500 Kyat und bei einem Spezialisten zwischen 1000 und 5000 Kyat.

vgl.: DVB 14.01.2003

Teilnahme am EU-ASEAN Ministertreffen

Erstmals seit der Mitgliedschaft Burmas im Verbund der südostasiatischen Staaten ASEAN fand das Außenministertreffen zwischen den Staaten der EU und ASEAN am 27. und 28. Januar 2003 auf europäischem Boden in Anwesenheit eines Führungsmitglieds des vom Militär regierten Landes statt. Für den Vizeaußenminister Khin Maung Win wurde der Visa-Bann, den die EU für alle Mitglieder der Militärführung Burmas verhängt hat, aufgehoben. Dieser Schritt wurde von den ASEAN-Ländern freudig begrüßt. Schwerpunktthemen des zweijährlich stattfindenden Treffens waren Fragen der Handelsbeziehungen und der

Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Die EU-Staaten forderten Khin Maung Win auf zu erklären, wie die Regierung den Versöhnungsprozess und den Weg zur Demokratie beschleunigen wolle. Der Vize-Außenminister nannte dies eine »sensible Angelegenheit« und riet dazu, nichts zu überstürzen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung gaben die Minister der EU und des ASEAN-Verbundes bekannt, dass der Versöhnungsprozess in Burma fragil sei und alle am Konflikt Beteiligten die Aufgabe hätten, die nationale Einheit, den Aufbau demokratischer Strukturen und die Herstellung einer Demokratie sowie den

Schutz der Menschenrechte zu fördern.

Die Internationale Liga freier Gewerkschaften (ICFTU) bezeichnete den EU-ASEAN-Dialog über Burma als nicht überzeugend. Es wäre wenig erreicht worden, um die Wiederherstellung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein Ende der Zwangsarbeit in Burma zu fördern.

vgl. AFP, 28.01.2003, DPA
28.1.2003, ICFTU Online
28.1.2003

Thailands humanitärer Ruf gefährdet

Thailands viel gepriesene Politik der offenen Tür, die es Menschen, die vor Konflikten in den Nachbarländern geflohen waren, ermöglichte, in Thailand Asyl zu finden, scheint nach Ansicht des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) und von Menschenrechtsaktivisten ihrem Ende entgegen zu gehen.

Bereits am 24. Dezember war 64 Mitgliedern der Karen-Minderheit vom Militär mitgeteilt worden, dass sie drei Tage Zeit hätten, um Thailand zu verlassen und ins benachbarte Burma zurück zu gehen. Für das thailändische Militär gehören die Karen zu einer Rebellenbewegung, die einen separatistischen Krieg mit Burmas Militärjunta führt. Sie seien Mitglieder der Anti-Rangun Karen National Union, so ein Armeesprecher.

Forum Asia ist da anderer Meinung. In einem Statement

erklärten sie, dass die 65 Karen unbewaffnete Zivilisten waren.

Diese und andere Vorkommnisse haben die Flüchtlinge verunsichert. »Die Menschen haben Angst und fühlen sich unsicher«, sagt Masao Omamura, ein Analyst für Earth Rights International, einer Umwelt und Menschenrechts-Lobby-Organisation, mit Sitz in Thailands zweitgrößter Stadt Chiang Mai.

Kommentatoren sehen in diesem »Klima des Drucks« einen Versuch des thailändischen Premierministers Thaksin Shinawatra, ein engeres Verhältnis mit Rangun zu entwickeln. Die Politik der Thaksin-Regierung, die Bindungen zu Thailands nördlichem Nachbarn zu stärken, steht in Kontrast zur Vorgängerregierung, die Rangun wegen der schlechten Menschenrechtsverhältnisse auf Abstand hielt.

Besonders kritisch ist die Lage für die geschätzten 100.000 Burmesen, die aus politischen Gründen Zuflucht in Thailand gesucht haben. Viele von ihnen leben in Lagern an der burmesischen Grenze, andere in den Städten. Sie befürchten bei einer Repatriierung anders als die etwa eine Million burmesischen

»Wirtschaftsmigranten« Repressionen bei einer Rückkehr nach Burma.

Seit 1975 hat Thailand, obwohl es nicht zu den Unterzeichnern der UN-Flüchtlingskonvention gehört, seine Grenzen mehr als 1,5 Millionen Flüchtlingen geöffnet, die vor den Konflikten in Nachbarländern wie Laos, Vietnam, Kambodscha und Burma geflohen sind.

»Die große Mehrheit der burmesischen Flüchtlinge möchte nach Hause gehen, genauso wie es mit denjenigen

nachrichten

war, die während des Indochina-Krieges gekommen sind«, so Rawatte. »Aber sie wollen zurückgehen, wenn die Bedingungen stimmen, wenn sie nach einer Rückkehr in Sicherheit und mit Würde leben können. Die Bedingungen in Burma sind jedoch noch nicht sicher genug, um die Menschen zurückzuschicken.«

vgl. *Asian Wall Street Journal*
06.01.2003

Aung San Suu Kyi zum Jahreswechsel

In einer Pressekonferenz zum Jahresanfang – ihrer zweiten seit Beendigung des Hausarrestes im Mai 2002 – zog Aung San Suu Kyi ein vorsichtig optimistisches Fazit des Jahres 2002. Sie begründete das vor allem mit der Unterstützung, die sie während ihrer Reisen im Lande erfahren hatte, und hob dabei vor allem die Besuche in den Mon-, Shan- und Arakan- (Rakhine-) Staaten hervor, in denen ethnische

Nicht-Burmanen die Mehrheit der Bevölkerung stellen.

Von Seiten der Regierung seien diese Reisen überwiegend nicht behindert worden, sagte sie. Bei dem vorerst letzten der Besuche in Arakan gab es allerdings einen Zwischenfall, als die lokalen Autoritäten Anstalten machten, eine Menschenmenge mit einem Wasserwerfer zu vertreiben. Aung San Suu Kyi verhinderte das, indem sie selbst auf den

Wasserwerfer stieg.

Im Blick auf die Kontakte mit der Militärjunta meinte die Führerin der Opposition, dass ein politischer Dialog noch nicht begonnen habe. Sie äußerte aber die Ansicht, dass das kommende Jahr Änderungen bringen würde, vielleicht sogar schon in den nächsten Monaten.

vgl. *AFP 2.1.2003; Asia Tribune*
9.1.2003

Zweite Repatriierung

15 illegale Arbeitsmigranten, die in einem thailändischen Gefängnis inhaftiert waren, sollen Mitte Januar 2003 den burmesischen Behörden in Myawaddy übergeben worden sein. Es soll bereits die zweite offizielle Repatriierung durch die thailändischen Behörden gewesen sein. Am 19. Dezember wurden bereits 39 Menschen repatriert. Bei beiden Gelegenheiten handelte es sich um Arbeiter, die seit dem

vergangenen Februar wegen illegalen Grenzübertritts in Haft waren. Ursprünglich sollten sie sofort zurückgeschickt werden. Nach Auskunft eines Beamten der thailändischen Einwanderungsbehörde erfolgte die Verzögerung auf Grund der Forderung der burmesischen Botschaft zu überprüfen, ob es sich bei ihnen wirklich um burmesische Staatsbürger handelte. Während der elfmonatigen Haft starben zwei burmesische

Arbeiter im Gefängnis. Die Einwanderungsbehörde des burmesischen State Peace and Development Council nimmt, so wurde berichtet, die Repatriierten wiederum in Haft, wenn sie nicht in der Lage sind 50.000 Kyat zu bezahlen. Einwohner Myawaddys sagen, dass den kürzlich repatriierten Arbeitern Haftstrafen wegen illegalen Grenzübertritts drohen könnten.

vgl. *DVB 13.01.2003*

Delegation von ai

Vom 30.1.-8.2.2003 besuchte eine Delegation von amnesty international (ai) Burma. Demelza Stubbings, Programmdirektorin der Organisation für die Region Asien-Pazifik und Donna Guest, Spezialistin für Burma und Thailand trafen mit Regierungsmitgliedern, Aung San Suu Kyi und zahlreichen anderen Personen zusammen, besuchten Gefängnisse und spachen mit Gefangenen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. In einer Pressekonferenz nach der Reise stellte amnesty fest, dass die Regierung die Arbeit der Delegation in vollem Umfang unterstützt hatte.

Während des Besuches wurden mindestens zwölf Personen, darunter einige Mitglieder der *National League for Democracy* (NLD), deren Generalsekretärin Aung San Suu Kyi ist, und der Generalsekretär einer ethnischen Partei verhaftet, die bei den Wahlen von 1990 die zweitmeisten Stimmen nach der NLD gewonnen hatte. Ihnen wird vorgeworfen, Flugblätter gedruckt zu haben, in denen gegen die Regierung Stellung bezogen wird.

vgl. *Amnesty International*
10.1.2003; *AFP 10.1.2003*